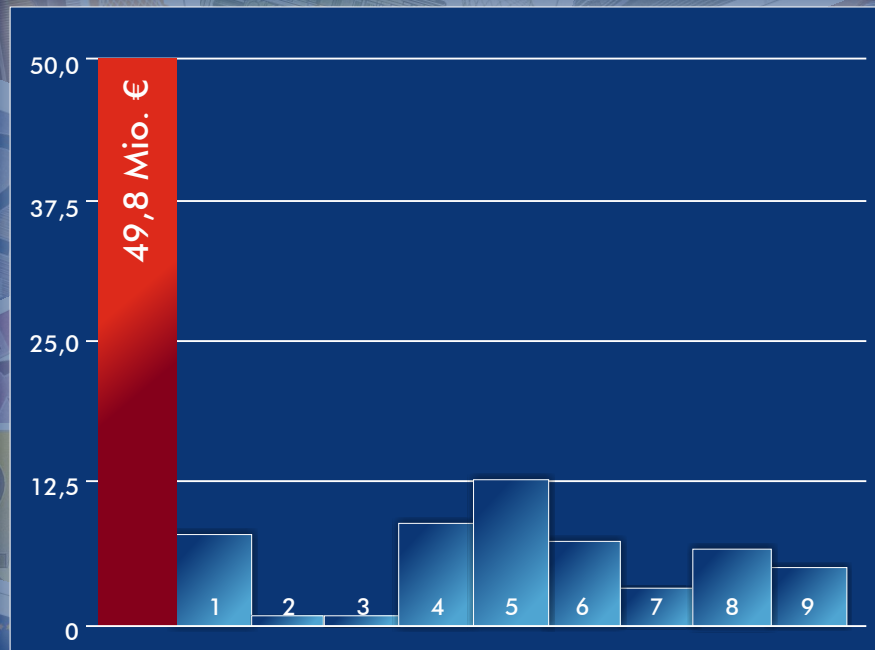


Lassen Sie uns über Steuergeld reden!



Alternative
für
Deutschland

AfD Kreistagsfraktion
Adam-Ries-Str. 16
09456 Annaberg-Buchholz

afdfraktionerz@outlook.de
www.afd-erzgebirge.de

Über den Umgang mit deutschen Steuergeldern im Erzgebirgskreis

Am 07. Dezember wurden die Ausgaben des Kreises für 2017/2018 per Mehrheitsbeschluss im Kreistag verabschiedet. Die Reaktionen der einzelnen Fraktionen auf den Doppelhaushalt fielen unterschiedlich aus. Überschwängliche Begeisterungsbekundungen erklangen aus den Reihen der Einheitsparteien. „Investitionsoffensive“, „hervorragend“, „sehr viel im Rahmen der Möglichkeiten“ waren zu hören.

- So verglich die FDP als einst liberale Steuersenkungspartei doch tatsächlich den Haushalt des Kreises in seiner Genialität mit den Plänen von Egon Olsen. Also 100 % Zustimmung.
- Die vollmundige Ankündigung der Freien Wähler, den Landrat „knallhart in die Zange“ nehmen zu wollen, verpuffte. Mehr als eine Ermahnung, die Höhe der Kreisumlage auch ja im Auge zu behalten, blieb nicht übrig. Dafür aber 100 % Zustimmung zum Haushalt.
- Linke und SPD äußerten am Rande einige wenige kritische Sätze. Deren Widerstand erschöpfte sich in ein paar Stimmenthaltungen. Dafür, dass linke Politik angeblich stets im Interesse der sozial Benachteiligten wirken soll, erscheint diese im Lichte der Realität schon sehr angepasst, saft- und kraftlos. Einheimische sozial Benachteiligte finden sich auf deren Agenda scheinbar nicht sehr weit oben.
- Die CDU selbst mit ihrer erdrückenden Mehrheit im Kreistag beweihräucherte sich derart, dass es vermutlich selbst dem Landrat peinlich gewesen sein könnte. Selbstverständlich 100 % Zustimmung.

Mit derartig komfortablen Mehrheitsverhältnissen wurde ein Rekordhaushalt von 466 Mio. EUR allein für 2017 auf den Weg gebracht. Die AfD-Fraktion im Erzgebirgskreis stimmte klar gegen diesen Haushalt. Aus gutem Grund, betrachtet man z.B. die folgenden Sachverhalte:

- Woher bekommt der Landkreis eigentlich seine Mittel?
Der Geldfluss stammt aus den Zuweisungen des Landes Sachsen, aus Bundesmitteln, die über das Land verteilt werden sowie aus der sogenannten Kreisumlage. Bei Letzterer handelt es sich um Gelder, welche die kreiseigenen Gemeinden an den Landkreis abführen müssen. So wird z.B. Johannegeorgenstadt ca. 850.000 € zu zahlen haben.
- Der Kreis wendet von den 466 Mio. EUR allein 98 Mio. EUR für Personalausgaben auf, ca. 21 % des gesamten Haushaltes. Das ist mehr als im Vorjahr. Mit weiteren Steigerungen wird gerechnet.
- Abzüglich der Personalkosten bleiben immer noch ca. 368 Mio. EUR. Davon entfallen wiederum 41,8 Mio. EUR auf Hilfen für Asylbewerber und 8 Mio. EUR auf Kostenerstattungen für sogenannte UMA's (unbegleitete minderjährige Ausländer).

Das heißt, die Folgen der Migrationskrise kosten im Erzgebirgskreis allein für 2017 ca. 49,8 Mio. EUR und somit 13,5 % aller Aufwendungen, Personalkosten abgezogen.

Für ungefähr die gleiche Summe „gönnt“ der Landkreis seinen über 300.000 Bürgern z.B. folgende Leistungen:

- 7,8 Mio. EUR Zuweisung für Schülerbeförderung (Wobei Eltern immer noch zuzahlen müssen.)
- 0,45 Mio. EUR Unterstützung für Sportvereine
- 0,25 Mio. EUR für freie Träger der Jugendhilfe
- 8,9 Mio. EUR für den ÖPNV (Für den 2,5-fachen Betrag könnten alle Busse kostenlos fahren.)
- 12,6 Mio. EUR Aufwendungen für Behinderte
- 7 Mio. EUR Grundsicherung im Alter
- 2,7 Mio. EUR Hilfen zur Pflege
- 6,16 Mio. EUR für Gymnasien
- 4,57 Mio. EUR für Berufsschulen

Also nochmal annähernd die gleiche Summe, die von Schule, über ÖPNV bis Grundsicherung für die Bürger des Kreises vorgesehen ist, wird allein für überwiegend junge, im besten wehrfähigem Alter stehende und alles andere als schutzbedürftige Männer ausgegeben. Für Menschen, die über ausreichend Kraft und Geld verfügen, um über tausende von Kilometern und mehrere sichere Länder bis nach Deutschland zu gelangen.

Auch wenn die Gelder aus unterschiedlichen Töpfen stammen, bleiben es doch Steuergelder. Erwirtschaftet von Unternehmen und Bürgern unseres Landes.

Grundsätzlich kann einer Verwendung deutscher Steuergelder für die völlig verfehlte Asylpolitik der Regierung Merkel zu Lasten auch der Bürger des Erzgebirgskreises nicht zugestimmt werden. Wer diesem Haushalt zustimmt, setzt andere Prioritäten, als die des Wohlergehens unseres Landes und seiner Bürger.

Angenommen, der Herrscher vom Bosphorus öffnet die Migrantenschleusen wieder, dann wird es natürlich entsprechend mehr Geld brauchen. Kanzlerin Merkel lehnt sowohl Obergrenzen für Einwanderer als auch eine Grenzsicherung ab. Schon aus diesen Gründen kann es keine solide Haushaltsplanung geben. Schließlich weiß keiner, wie viele denn so kommen werden. 2016 waren es 280.000, trotz „geschlossener“ Balkanroute und „Grenzkontrollen“.

Im Ernstfall sind deshalb die 49,8 Mio. EUR auch völlig unverbindlich. Ein Mehr an Geld wird gezahlt werden. Ob es im Haushalt steht oder nicht. Ob es den Bürgern gefällt oder nicht. Sie werden nicht gefragt. Einerseits plant man Ausgaben wie für die Sportförderung auf Heller und Pfennig, aber bei einem Posten von fast 50 Mio. EUR entscheiden das Wetter im Mittelmeer und die Laune von Erdogan.

Unter den bereits angesprochenen dynamischen jungen Männern aus entfernten Ländern Asiens und Afrikas sind indes auffällig viele von bemerkenswerter Jugend. Ist ein solcher „Jungmann“ nämlich jünger als 18, dann gilt für ihn hierzulande das Kinder- und Jugendhilferecht. Er wird jetzt UMA genannt – unbegleiteter, minderjähriger Ausländer. Als solcher bekommt er eine umfassende Betreuung in Jugendhilfeeinrichtungen. Diese kostet monatlich und pro Kopf ca. 3.500 EUR.

Ein z.B. 17-jähriger Jugendlicher aus Algerien ist unserer Gesellschaft jeden Monat ca. 3.500 EUR an Aufwendungen wert. Völlig unabhängig von seinem Verhalten in unserem Land. Ein alleinverdienender deutscher Familienvater müsste ca. 6300 EUR brutto verdienen, wollte er für ein Kind diese 3.500 EUR aufbringen wollen. Selbst dann bleibt für den Rest der Familie noch kein Cent übrig.

Was nun bietet unsere Gesellschaft z.B. einer in Not geratenen werdenden Mutter an?
Was ist unserem Gemeinwesen ein ungeborene Kind wert? Eine kostenlose Schwangerenberatung?
Eine kostenlose Abtreibung? Wie viele Kinder würden in Deutschland mehr geboren, wenn man allen Eltern monatlich 3.500 EUR netto pro Kind bereitstellen würde?

Was schätzen wir wert in unserer Gesellschaft?

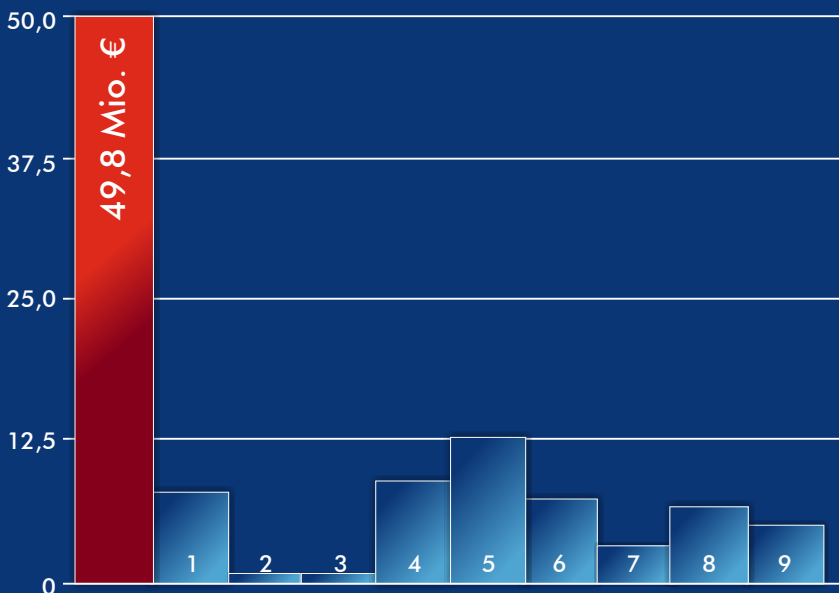
Jeder weiß, dass ein solch gigantisches Programm nicht so einfach finanzierbar wäre.
Doch interessiert im Falle der UMA's die Frage nach dem Geld erstaunlicherweise keinen.
Zumindest stellt sie keiner offen. Denn egal, wie viele kommen, für jeden UMA werden monatlich die 3.500 EUR bereitgestellt. Die alternativlose Kanzlerin beschwört eine „Willkommenskultur“ für Fremde.
Heißt sie auch Deutschlands eigenen Nachwuchs derartig begeistert willkommen?
Gibt es Selfies mit deutschen Kindern?

Unser Land benötigt eine Willkommenskultur für die eigenen Kinder!

Ein vom Bürger gewählter Volksvertreter kann deshalb einen Kreishaushalt, der deutsches Steuergeld nicht zum Wohle unserer Bevölkerung, sondern für die Folgen einer wahnsinnigen Einwanderungspolitik einsetzt, nur ablehnen.

Welche Verwendung hätte die AfD für die 50 Mio. EUR? Dieses Geld sowie die geschätzten restlichen 21 Mrd. EUR Asylkosten pro Jahr wurden und werden vom deutschen Steuerzahler erwirtschaftet und gehören demzufolge auch zurück in dessen Hände. Einer Verschuldung zulasten unserer Kinder verweigern wir die Zustimmung.

Die AfD möchte diesem politischen Blindflug stoppen. Ob es bei künftigen Abstimmungen vielleicht ein mehrheitliches NEIN zu Merkels Alternativlosigkeit gibt, darüber entscheiden bei den kommenden Wahlen Sie mit Ihrer Stimme.



Prioritätenverteilung bei der Verwendung öffentlicher Mittel im Erzgebirgskreis zu ausgewählten Positionen im Jahr 2017

- 49,8 Mio. EUR Asyl und UMA's
- 7,8 Mio. EUR Zuweisung für Schülerbeförderung
- 0,45 Mio. EUR Unterstützung für Sportvereine
- 0,25 Mio. EUR für freie Träger der Jugendhilfe
- 8,9 Mio. EUR für den ÖPNV
- 12,6 Mio. EUR Aufwendungen für Behinderte
- 7 Mio. EUR Grundsicherung im Alter
- 2,7 Mio. EUR Hilfen zur Pflege
- 6,16 Mio. EUR für Gymnasien
- 4,57 Mio. EUR für Berufsschulen

Bitte unterstützen Sie uns!

Verantwortlich für den Inhalt:
AfD Kreistagsfraktion Erzgebirgskreis vertreten durch
den Fraktionsvorsitzenden Karsten U. Teubner
der AfD im Erzgebirge

Alternative für Deutschland - Kreisverband Erzgebirge
Erzgebirgssparkasse
IBAN: DE90 8705 4000 0725 0174 81
BIC: WELADED1STB